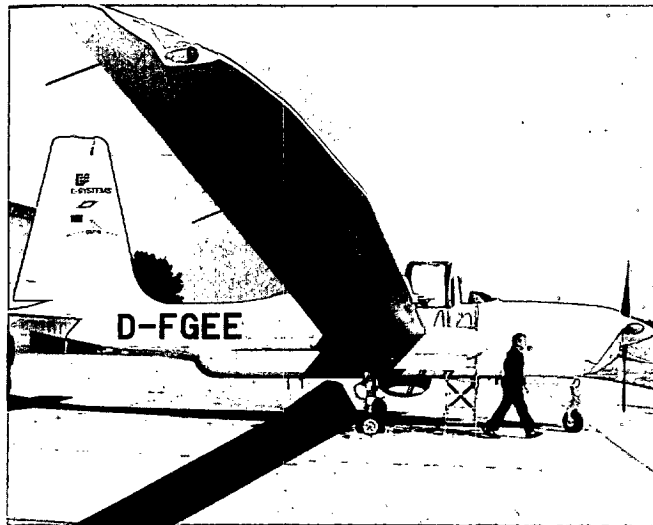


Bestechung

Anklage in der Lapas-Affäre

Die Beschaffungsaffäre um das Bundeswehrflugzeug Lapas landet vor Gericht. Gegen den pensionierten Hardthöhen-Beamten Norbert Gilles, 69, einst Elektronikexperte der Rüstungsabteilung im Verteidigungsministerium, hat die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Vorteilsannahme, Bestechlichkeit und Untreue beim Landgericht Bonn erhoben. Dem Regierungsdirektor a. D. wird vorgeworfen, deutschen und ausländischen Rüstungsfirmen in mehreren Fällen rechtswidrig Aufträge zugeschanzt zu haben. Im Gegenzug hätten sich der Wehrexperte und seine Frau von der Industrie Flugreisen nach Südafrika sowie luxuriöse Kreuzfahrten ins Mittelmeer, in den Südpazifik und in die Karibik spendieren lassen. Gegenwert der Reisen auf Firmenkosten:



Aufklärungsflugzeug Lapas, Grob



178 000 Mark. Dem Allgäuer Unternehmer Burkhard Grob droht wegen der Lapas-Affäre ebenfalls Bestrafung. Der Hersteller des Aufklärungsflugzeugs Lapas ließ Gilles und dessen Ehefrau 1987 kostenlos auf seinem brasilianischen Anwesen in der Nähe von São Paulo Urlaub machen.

Bundestagswahl

Weniger Nichtwähler

Die Wahlmüdigkeit der Deutschen klingt ab: Nach einer Emnid-Umfrage würden 63 Prozent der Berechtigten auf jeden Fall ihre Stimme abgeben, wenn jetzt Bundestagswahlen wären. Im Februar dieses Jahres waren es nur 48 Prozent. Derzeit liegt die SPD mit 37 Prozent knapp vor der Union (36 Prozent). Die FDP könnte mit 9 Prozent rechnen, Bündnis 90/Grüne mit 8. Die Republikaner kämen mit 4 Prozent ebenso wenig in den Bundestag wie die PDS mit 3 Prozent.

PVC

Verwendung wieder erlaubt

Im rot-grün regierten Hessen soll der Problemstoff PVC (Polyvinylchlorid) wieder erlaubt werden. In dieser Woche entscheidet der Hessische Landtag über einen Antrag von CDU und FDP, die angesichts „erheblich verbesserter Recycling-Verfahren“ ein Verwendungsverbot des Kunststoffes für „nicht länger gerechtfertigt“ halten. Die hessische SPD fordert mit ih-

Europäische Zentralbank

Als Chef ein Mann aus Amsterdam

Ein Holländer soll Chef der Europäischen Zentralbank werden, die am 1. Januar 1994 wahrscheinlich in Frankfurt als Europäisches Währungsinstitut (EWI) ihre Arbeit aufnimmt. Darin sei sich, so ein hoher Bonner Regierungsbeamter letzte Woche, die Mehrheit der EG-Partner einig.

Die französischen Ambitionen auf den Präsidentenstuhl der EWI-Währungshüter sind dagegen geschwunden. Der bis dahin aussichtsreichste Bewerber, der Pariser Notenbankchef Jacques de Larosière, der von 1978 bis 1986 dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vorstand, wird wahrscheinlich die Osteuropabank in London übernehmen. Larosière soll dort das Ansehen französischer Spitzenbanker aufbessern, das sein geschaffter Vorgänger, der einstige Mittelmeer-Günstling Jacques Attali, mit verschwenderischen Geldausgaben geschädigt hat.

Die Deutschen können sich ebenfalls kaum mehr Hoffnungen auf den Frankfurter Spitzenjob machen. Schuld daran, so heißt es in der Spitze des Bonner Finanzministeriums, seien die ruchbar ge-

wordenen lukrativen Privatgeschäfte des Osteuropa-Bankers Manfred Abelein (CDU): „Der hat unseren Ruf rampونيert.“ Deshalb könnten die Deutschen derzeit keine personellen Ansprüche erheben.

Die erste Wahl aus Holland für den Frankfurter Präsidentenstuhl gilt bereits als gescheitert. Willem F. Duisenberg, Chef der Zentralbank in Amsterdam, wäre zwar zum Umzug nach Frankfurt bereit. Da das EWI aber auf Jahre hinaus wenig Kompetenzen haben wird, wollte Duisenberg seinen nationalen Job zunächst nicht aufgeben, sondern nur zusätzlich in Frankfurt amtierend. Einen aktiven National-Banker akzeptiert jedoch die Mehrheit der EG-Staaten nicht.

So gilt jetzt ein Duisenberg-Zögling, der Nationalbank-Direktor A. H. E. M. Wellink, als aussichtsreichster Kandidat für den Job in der Main-Metropole. Wellink hat sich mit Veröffentlichungen über geldpolitische Theorien einen Namen gemacht, aber auch mit Kritik am deutschen Nachbarland: „Das Ankerland“, so Wellink, betreibt „eine unausgewogene Politik“.



Fischer

rem grünen Koalitionspartner ebenfalls einen „differenzierten Beschluß“ über den künftigen Umgang mit dem Kunststoff. Nach einem SPD-Antragsentwurf soll PVC dann zulässig sein, wenn Ersatzmaterialien, die von der Industrie inzwischen entwickelt wurden, „erheblich teurer“ seien. Noch vor drei Jahren hatte der Wiesbadener Landtag mit der damaligen christlich-liberalen